

Dringliche parlamentarische Anfrage der Grünen Alternativen gegenüber dem Transitverkehr (14. März 1991)

Legende: Am 14. März 1991 richtet die österreichische Partei Grüne Alternative eine dringliche parlamentarische Anfrage an den Bundeskanzler Franz Vranitzky zur Haltung der Wiener Regierung hinsichtlich der Forderungen der Gemeinschaft nach dem Transitverkehr über die österreichischen Alpen.

Quelle: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich. XIX.; 19. Sitzung. 14.03.1991. Wien.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/dringliche_parlamentarische_anfrage_der_grunen_alternativen_gegenuber_dem_transitverkehr_14_marz_1991-de-9e69aa2a-0389-4a2e-894b-8acd19fae057.html

Publication date: 06/09/2012

Dringliche Anfrage der Grünen Alternative an den Bundeskanzler betreffend "schleichendes Nachgeben der Bundesregierung gegenüber den Transitwünschen der EG" (14. März 1991)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Anschöber, Monika Langthaler, Dr. Pilz, Voggenhuber, Wabl und Genossen an den Bundeskanzler betreffend schleichendes Nachgeben der Bundesregierung gegenüber den Transitwünschen der EG (695/J)

Präsident: Wir gelangen zur dringlichen Behandlung der schriftlichen Anfrage 695/J. Da die Anfrage in der Zwischenzeit verteilt wurde, erübrigt sich eine Verlesung durch einen Schriftführer.

Die dringliche Anfrage hat folgenden Wortlaut:

EG-Verkehrskommissar van Miert hat Verkehrsminister Streicher ein Ultimatum bis zum 27. März gestellt. Ist bis dahin der Transitvertrag nicht fertig verhandelt, wird die EG die Transitfrage in die EWR-Verhandlungen aufnehmen.

Galt bisher die unverrückbare Position der österreichischen Bundesregierung, im Zuge der Transitverhandlungen mit der EG eine mengenmäßige Reduktion der Österreich transitierenden LKWs vertraglich zu verankern, so rückt nun die Bundesregierung erstmals von dieser verkehrspolitischen Notwendigkeit ab.

Weiters scheint das Versprechen von Bundesminister Streicher, den Transitvertrag als Primärrecht zu verankern, das heißt, über einen möglichen EG-Beitritt hinaus diesem Transitvertrag Bestand zu geben, in Frage gestellt.

Es gibt deutliche Aussagen von seiten der EG, daß sich Österreich ob kurz oder lang den Transitwünschen der Europäischen Gemeinschaften zu beugen hat. So berichtet der Leiter der österreichischen Mission bei der EG, Wolte: „Die Mitgliedstaaten haben es an Deutlichkeit nicht fehlen lassen, daß die österreichische Position — Plafonierungsmodell beziehungsweise Vorschläge zur Reduzierung des Straßentransitverkehrs durch Österreich — völlig inakzeptabel ist. Ferner sei die österreichische Vorstellung, daß ein Transitvertrag zu EG-Primärrecht erhoben werden könnte, absolut indiskutabel. Eine Durchbrechung des Acquis Communautaire kann und wird es nicht geben.“ Und: „Falls ein Transitverkehrsabkommen abgeschlossen wird, müsse dies mit dem zukünftigen EWR-Vertrag kompatibel sein, dürfe diesen nicht präjudizieren und außerdem nur bis zum Inkrafttreten eines EWR-Vertrages gelten. Falls es in der Folge zu Beitrittsverhandlungen kommt, müsse alles neu verhandelt werden. Ein bilaterales Abkommen müßte im Beitrittsfall jedenfalls außer Kraft treten.“

Dafür gesteht man uns eine Reduktion der Stickoxidemissionen zu, die zwar erwünscht und sinnvoll, in keiner Weise jedoch ausreichend sein wird.

Die Verhandlungen der nächsten Wochen werden zeigen, was Österreich in einer Verkehrs-, umwelt- und sozialpolitisch zentralen Frage — der Lösung des Transitproblems — höher bewertet: die Schutzinteressen der heimischen Bevölkerung oder einen möglicherweise etwas reibungsloseren EG-Beitritt.

In Sorge, daß sich alle Befürchtungen über eine bevorstehende Transit-Kapitulation der Bundesregierung im Verlauf der EWR-Verhandlungen bewahrheiten, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Ist es richtig, daß van Miert das Ultimatum bis zum 27. März gestellt hat?

2. Sind Sie bereit, der Erpressung durch die EG nachzugeben?
3. Können Sie als Bundeskanzler garantieren, daß entsprechend der klaren Festlegung von Verkehrsminister Streicher nur ein Transitvertrag mit der EG abgeschlossen wird, der eine deutliche Reduktion der Zahl der Österreich durchfahrenden EG-LKWs im Vergleich zu heute festschreibt?
4. Im Regierungsübereinkommen haben sich SPÖ und ÖVP darauf geeinigt, „für besonders belastete Gebiete Plafonierungen fest(zu)legen“. Können Sie als Bundeskanzler garantieren, daß nur dann ein Transitvertrag mit der EG abgeschlossen wird, wenn für alle Transitrouten — und nicht bloß für den Brenner — eine mengenmäßige Plafonierung der durchfahrenden EG-LKWs vereinbart wird, die deren Zahl deutlich reduziert?
5. Können Sie als Bundeskanzler garantieren, daß derzeit geltende oder in den nächsten Jahren realisierte Fahrverbote und -beschränkungen für LKWs auf Bundesstraßen auch nach einem möglichen EG-Beitritt aufrechtbleiben?
6. Können Sie als Bundeskanzler garantieren, daß kein Transitvertrag mit der EG abgeschlossen wird, der nicht in vollem Umfang auch über einen möglichen Beitritt hinaus unbefristet Bestand hat?
7. Können Sie garantieren, daß ein Transitvertrag mit der EG von österreichischer Seite nur als EG-Primärrecht abgeschlossen wird?
8. Der Tiroler Landtag hat in einem einstimmigen Beschluß eine deutliche Erhöhung der Mauten für LKW auf der Brenner Autobahn verlangt. Bundesminister Schüssel hat trotzdem eine in den Augen nicht nur der Tiroler viel zu niedrige Mautregelung erlassen. Sind Sie als Bundeskanzler bereit, die Bestrebungen des Tiroler Landtages zu unterstützen?
9. Unterstützen Sie die Bestrebungen auch in anderen Bundesländern, die für alle Transitrouten deutlich höhere Mauten für Transit-LKWs festsetzen wollen?
10. Wie erklären Sie den Widerspruch zwischen den Beteuerungen der Bundesregierung, den Transitverkehr zu reduzieren, während gleichzeitig mittels außerbudgetärer Finanzierung 13 Milliarden in weitere Transitautobahnen gesteckt werden, die nachweislich und eindeutig noch mehr Transitverkehr durch Österreich schleusen werden?
11. In welcher Höhe haftet die Republik Österreich (zum Beispiel Kontrollbanken, et cetera) für Projekte, die in unseren Nachbarländern
 - a) für Straßen
 - b) für den Ausbau des Schienennetzesgeplant, in Vorbereitung, in Bau oder bereits realisiert sind?
12. Können Sie als Bundeskanzler garantieren, daß in Zukunft keine öffentlichen Mittel für den Ausbau von Autobahnen in unseren Nachbarländern eingesetzt werden und von der Kontrollbank keine Garantien für derartige Projekte übernommen werden?
13. Was hindert die Bundesregierung, sollte die EG — was zu erwarten ist — unsere Schutzinteressen nicht vertraglich verankern wollen, die Transitverhandlungen abubrechen und als souveräner Staat jene Transitreduktionen zu realisieren, welche zum Schutze des Landes und seiner Bewohner notwendig sind?
14. In der Schweiz ist der Güterverkehr auf der Straße mit 28 Tonnen beschränkt, in Österreich feiert es die Regierung bereits als Erfolg, beim 38-Tonnen-Limit zu bleiben. Die Beibehaltung des 28-Tonnen-Limits ist von der Schweiz auch zur Bedingung für alle Verhandlungen mit der EG gemacht worden. Warum sind Sie

nicht bereit, hier endlich Schweizer Verhältnisse zu schaffen?

15. In der Schweiz sind alle Autobahnen mautpflichtig. Sind Sie hier bereit, für Schweizer Verhältnisse zu sorgen?

16. Die Schweiz ist nur dann bereit, mit der EG einen Transitvertrag abzuschließen, wenn seine Laufzeit „immerwährend“ ist. Sind Sie hier bereit, in der österreichischen Verhandlungsposition für Schweizer Verhältnisse zu sorgen?

17. In der Schweiz werden 8 Prozent des Gütertransits auf der Straße, 92 Prozent auf der Schiene transportiert. Österreich hingegen durchqueren mehr als drei Viertel des Transits auf der Straße. Wie wollen Sie hier Schweizer Verhältnisse schaffen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.